

## Ost-Politiker fordern Ministeramt für Ostdeutschen

BERLIN/SCHWERIN/MAGDEBURG (dpa) - Das Fehlen ostdeutscher Politiker als Minister im geplanten neuen Kabinett einer Großen Koalition ist auf Kritik gestoßen. SPD-Bundesvize Manuela Schwesig sprach sich am Donnerstag dafür aus, dass die SPD eine Ministerin oder einen Minister aus Ostdeutschland ins nächste Kabinett schicken müsse, wie die Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns in Schwerin deutlich machte. Unterstützung bekam sie unter anderem von der Landesgruppe der ostdeutschen SPD-Bundesabgeordneten.

Sachsen-Anhalts Regierungschef Reiner Haseloff (CDU) sagte, nach fast drei Jahrzehnten Deutscher Einheit unterschieden sich weiterhin die Interessen und Bedürfnisse in Ost und West. „Vor diesem Hintergrund ist es auffällig und bedauerlich, dass bis dato kein Politiker aus dem Osten im neuen Kabinett vertreten ist, zumal dort fast alle Regionen Deutschlands abgebildet sind.“

Dagegen sagte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU), er könne sich an keinen Koalitionsvertrag erinnern, der „mehr auf ostdeutsche Interessen“ abzielte. Aus seiner Sicht sei Ostdeutschland schon durch die Bundeskanzlerin prominent vertreten.

### Kurz berichtet

#### Katholische Verbände vermissen Ideen für Jugend

BONN/BERLIN (KNA) - Katholische Verbände haben ein gemischtes Fazit des Koalitionsvertrags von Union und SPD gezogen. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) erklärte am Donnerstag: „In der Frauen- und Gleichstellungspolitik ist das gelungen, was wir und andere Verbände schon seit vielen Jahren fordern: Gleichstellungspolitische Maßnahmen werden künftig in vielen Politikfeldern mitgedacht“, sagte BDKJ-Bundesvorsitzende Lisi Maier in Berlin. Die Ideen im Bereich der Jugendpolitik blieben jedoch „sehr knapp und im Vagen“.

#### Anwälte und Richter begrüßen GroKo-Einigung

BERLIN (dpa) - Berufsverbände der Anwälte und Richter in Deutschland begrüßen die von Union und SPD geplanten Aufstockungen im Justiz- und Sicherheitsbereich. „Staatsanwälte, Richter, aber auch der Justizvollzug benötigen dringend mehr Unterstützung, um ihren wachsenden Aufgaben gerecht zu werden“, sagte der Präsident des Deutschen Anwalt-Vereins (DAV), Ulrich Schellenberg. Der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarte „Pakt für den Rechtsstaat“ sieht unter anderem 15 000 neue Stellen für die Sicherheitsbehörden und 2000 neue Stellen in der Justiz vor. Besorgt zeigte sich Schellenberg über „geplante Einschränkungen der Beschuldigtenrechte im Strafverfahren“, „Ein „kurzer Prozess“ kann nicht im Sinne des Rechtsstaats sein.“

# Zwischen Zufriedenheit und Ablehnung

In der Südwest-CDU hält sich der Jubel über den Koalitionsvertrag in Grenzen

Von Sebastian Heilemann und Katja Korf

STUTTGART - Begeisterung sieht anders aus. Obwohl die CDU wohl im Bund erneut die Kanzlerin stellen wird und die Mehrzahl der Minister, fällt das Urteil von CDU-Politikern aus dem Südwesten über den Koalitionsvertrag mit der SPD durchwachsen aus.

Wer in Berlin sitzt und den Entwurf des Koalitionsvertrages mit der SPD mitverhandelt hat, ist naturgemäß etwas weniger skeptisch. Von Landespolitikern und aus der Jungen Union kommen deutlich kritischere Worte. Besonders schmerzt der Verlust des mächtigen Finanzministeriums an die SPD, außerdem gibt es Kritik an den Einigungen bei Renten und Europapolitik. Auf breite Zustimmung stößt dagegen, was die CDU bei der Begrenzung der Flüchtlingszahlen sowie bei Digitalisierung, Steuer- und Familienpolitik erreicht hat.

Baden-Württembergs CDU-Generalsekretär Manuel Hagel sitzt zwischen den Berliner und Stuttgarter Stühlen. Sein Chef Thomas Strobl war als Parteivize im Bund maßgeblich an den Koalitionsverträgen beteiligt. So fällt denn auch sein Fazit gemischt aus. „Die CDU hat sich in für mich zentralen Punkten durchgesetzt: Wir setzen klare und verbindliche Regeln zur Steuerung und Begrenzung der Migration. Wir stärken Familien, wir investieren in Forschung, Digitalisierung, Infrastruktur und vor allem in Bildung, ohne dabei die Kultushoheit der Länder anzutasten.“ Dann lässt der Ehinger Landtagsabgeordnete aber auch Kritik folgen: „Als Jüngerer hätte ich mir bei der Rente mehr Kreativität gewünscht und mir auch bei der Ressortverteilung mehr vorstellen können.“



Manuel Hagel

Yannick Bury, Chef der Jungen Union in Südbaden, wird in beiden Punkten noch deutlicher. Er fordert seine Parteifreunde auf, dem Koalitionsvertrag beim Bundesparteitag am 26. Februar nicht zuzustimmen. „In der Rentenpolitik fehlt mir einfach die Antwort auf die Frage, wer das am Ende bezahlt.“ In der Europapolitik habe man zu wenig erreicht.

Das Statement des JÜlers stieß in den sozialen Netzwerken auf viel Zustimmung. Die Reaktionen sind symptomatisch in den sozialen Medien. „Meine Stimme gibt es erst mal nicht mehr. Dafür habe ich die CDU nicht gewählt. Der komplette Ausverkauf unseres Landes, den ihr da betreibt“, schreibt etwa ein User auf der Facebook-Seite der CDU-Baden-



Philipp Bürkle

Württemberg. Aussagen mit ähnlichem Tenor dominieren die Kommentarspalten auf den Seiten von Abgeordneten und Partei. „Jubelstürme erreichen mich gerade nicht“, gibt auch JU-Landeschef Philipp Bürkle zu. Ähnliches berichten auch andere Unionsvertreter. Die Stimmung sei skeptisch bis ablehnend. „Die JU hatte schon auf eine Verjüngung des CDU-Personals in der Regierung gehofft und auf ein Zeichen des Aufbruchs. Das kann ich jetzt nicht erkennen“, so Bürkle. Nun müsse die CDU in den kommenden Jahren ihre Inhalte durchsetzen, darauf werde es letztlich ankommen.



Der Koalitionsvertrag von SPD-Chef Martin Schulz, CSU-Chef Horst Seehofer und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wird nicht von allen CDU-Politikern aus dem Südwesten positiv aufgenommen. FOTOS: DPA (4)/PR(3)/FELIX KÄSTLE

Der Kritik der Jungen Union teilt Landeseuropaminister Guido Wolf so nicht. „Ein besserer Schutz der Außengrenzen, eine stärkere Rolle der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik und bei der Bekämpfung von Fluchtursachen – alles das ist dringend notwendig und deshalb uneingeschränkt zu begrüßen.“ Mit Besorgnis sieht Wolf jedoch, dass sowohl Außen- als auch Finanzministerium an die SPD gehen sollen. Sollte das dazu führen, dass sich Deutschland in der EU stärker finanziell engagiert, gefährde das die wirtschaftliche Stabilität.



Guido Wolf

Gute Inhalte an vielen Stellen, aber eine Gefahr für die Länder sehen die Landtagsabgeordneten Raimund Haser und Winfried Mack. „Als Europäer freue ich mich über das Bekenntnis zur EU,

als Deutscher freue ich mich über eine voll funktionierende Regierung, aber als Baden-Württemberger muss ich sagen: Wir dürfen den Föderalismus nicht abschaffen“, sagt Haser. Der Bund wolle zu viele Kompetenzen an sich reißen, statt die Probleme dort zu lösen, wo man sich damit auskenne – nämlich vor Ort. Davor warnt auch der Ellwanger Parlamentarier Mack. Er sieht mit Sorge, dass die CDU viele Kompetenzen in EU-Fragen an die SPD-Ministerien verlieren könnte. Deren Kurs sei es, immer mehr Souveränität an Brüssel zu geben. „Es gibt natürlich die Tendenz, dafür mehr Macht aus den Ländern nach Berlin zu ziehen.“ Allerdings müsse die CDU trotz des schmerzhaften Verlustes des Finanzministeriums an die SPD zufrieden sein. „Wir hatten nur noch in diesem Bündnis eine Chance, endlich wieder eine Regierung zu bilden. Diese muss jetzt aufhören, sich mit sich selbst zu beschäftigen und die Probleme der Menschen angehen.“ Das betont auch Macks Abgeordnetkollege August Schuler. Der Ravensburger sagt: „Die Bürger sind erleichtert, dass es nun endlich wieder eine Regierung gibt – falls die SPD-Mitglieder dem zustimmen.“ Die Unionsparteien hätten



Raimund Haser



Winfried Mack

wichtige Ressorts für sich gewinnen können – etwa Gesundheit und Verkehr (CSU).

Überwiegend positiv fallen die Urteile der Bundestagsabgeordneten aus. Thomas Bareiß resümiert: „Ich bin zufrieden und erleichtert, dass wir jetzt ein gemeinsames Ergebnis erreicht haben. Wie so oft im Leben ist dies auch mit Kompromissen verbunden. Aber das Gesamtergebnis zählt und das ist in der Sache gut.“



Thomas Bareiß

Der Biberacher Josef Rief sieht Fortschritte für den ländlichen Raum – etwa beim Ausbau des schnellen Internets. In der Familienpolitik habe die Union etwa mit dem Baukindergeld viel erreicht. „Wir haben nur 33 Prozent der Wählerstimmen gewonnen, nicht 51. Deswegen müssen wir Kompromisse machen“, so Rief. So sieht das auch der Ravensburger Parlamentarier Axel Müller: Die Frage der Ministerposten sei nicht entscheidend. „Die Handlungsspielräume in den Ministerien sind durch den Koalitionsvertrag vorgegeben. Ein SPD-Finanzminister kann nicht einfach die Vergemeinschaft europäischer Schulden vorantreiben oder den Finanzrahmen über alle Maße ausdehnen“, so Müller.



Josef Rief

### Reaktionen

Der Unternehmer Wolfgang Grupp (Foto: dpa), Inhaber und Geschäftsführer des Textilunternehmens Trigema mit Sitz in Burladingen (Kreis Zollernalbkreis) ist erschüttert über die Union. „Ich bin geborener Katholik und CDU-Wähler, aber wenn heute Neuwahlen wären, könnte ich der CDU meine Stimme nicht mehr geben. Ich würde FDP wählen, sie hat als einzige Partei Rückgrat bewiesen, als sie nicht in die Jamaika-Koalition gegangen ist“, sagt der 75-Jährige. Nun habe man alles verschlimmert, die Parteien, die eigentlich abgewählt worden seien, würden nun regieren. „Das Ganze ist ein Spiel von Frau Merkel, die alles hergeben hat, um ihren Sessel zu retten. Das ist eine sehr egoistische Entscheidung. In der Gesellschaft muss sich Leistung wieder lohnen, denn die Leistungsträger sind die, die dafür Sorge tragen, dass es uns allen gut geht. Doch eine solche Politik steht nicht im Koalitionsvertrag.“



Der Geschäftsführer des Industriedienstleisters IDS mit Sitz in Unteressendorf (Kreis Biberach), Markus Winter (Foto: Derek Schuh), der Mitglied in der CDU ist, kritisiert vor allem den fehlenden Mut der künftigen Regierung. „Inhaltlich liegt der Schwerpunkt für mich viel zu wenig auf den Themen, die für die Zukunft relevant sind. Man hat verpasst, die Zukunft zu gestalten anstatt nur zu verteilen. Man muss die Dinge angehen, wenn es der Wirtschaft gut geht und nicht erst, wenn die Hütte wieder brennt“, sagt Winter. „Ich glaube, die CDU hat zu viele Konzessionen gemacht, weil die SPD vor dem Hintergrund ihres Mitgliederentscheides sehr hohen Druck aufgebaut hat. Das hat die SPD taktisch leider sehr geschickt gemacht.“



Hart ins Gericht mit der CDU geht auch Anne Schmieder (Foto: Derek Schuh), Chefin der Personalserviceagentur Schmieder mit Sitz in Staig (Kreis Ravensburg). „Offen gesagt, ich bin enttäuscht. Als langjähriges Mitglied der CDU und Vertreterin in Unternehmerverbänden hätte ich mir mehr Profil von der CDU erwartet. Lieber eine Minderheitsregierung statt die Grundwerte verlieren“, sagt die Besitzerin im Ravensburger Kreisverband der CDU-Mittelstandsvereinigung. „Die Union driftet immer mehr in soziale Gleichmacherei ab und verliert Schritt für Schritt die Werte der Sozialen Marktwirtschaft. Es ist für die Wähler eine Klatsche, dass gerade die SPD die mit ihrer bisherigen Arbeit die Wahlen verloren hat, jetzt ihr Wahlprogramm erfolgreich in die Regierung einbringt.“ (ben)



## Ärzte warnen vor Mehrkosten

Mediziner raten von Honorarangleichung ab

RAVENSBURG (dan) - Die Bürgerversicherung ist vom Tisch – und damit eine der zentralen gesundheitspolitischen Forderungen der SPD. Geeignet haben sich Union und Sozialdemokraten auf die Einsetzung einer Kommission, die eine mögliche Angleichung der Arzthonorare von Privat- und gesetzlich Versicherten überprüfen soll. Mediziner warnen jedoch vor einem solchen Schritt.

„Wir glauben, eine Angleichung der Arzthonorare wird sehr teuer. Zudem wird die medizinische Versorgung nicht verbessern“, sagt Kai Sonntag, Sprecher der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg. „Die gesetzlich Versicherten müssten mit mehreren Milliarden Euro die privaten Krankenkassen subventionieren. Das kann nicht der Sinn einer Reform des Gesundheitssystems sein“, so Sonntag. Für Privatversicherte und gesetzlich Versicherte gibt es zwei unterschiedliche Ho-

norarsysteme, die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) und der einheitliche Bewertungsmaßstab (EBM). Sonntag nimmt an, dass es „aller Voraussicht nach keine neue Gebührenordnung geben wird. Vielmehr wird die Politik den EBM anheben“. Sprich: Gesetzliche Krankenversicherungen müssten dann für dieselbe Behandlung mehr zahlen als derzeit.

Unklar sei, wie man diese Mehrkosten finanzieren wolle. „Wenn die Politik den EBM anhebt, dann steigen die Arzthonorare für gesetzlich Versicherte. Das Geld muss irgendwoher kommen“, sagt Sonntag. Denkbar wäre, dass auch die Beiträge der Privatversicherten in den Gesundheitsfonds fließen. Das wäre dann aber, so Sonntag, „Bürgerversicherung pur“. Möglich wäre auch, dass dafür Steuermittel eingesetzt werden oder die Krankenkassenbeiträge steigen. Über diesen „Finanztransfer“ werde man diskutieren müssen.

## „Für die Union hat der Erhalt der Zwei-Klassen-Medizin eine sehr große Bedeutung“

BERLIN - Die Große Koalition möchte Ärzte in ländlichen Gebieten mit einer Sofortmaßnahme unterstützen. Auch sollen Patienten durch die Terminservicestellen der Krankenkassen schneller in der Sprechstunde sitzen können – dennoch werde die SPD im Gesundheitsbereich „erneut streiten müssen“, sagt SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach im Gespräch mit Andreas Herholz.



Karl Lauterbach (SPD). FOTO: DPA

Herr Lauterbach, die Gesundheitspolitik gehörte zu den umstrittensten Themen der Koalitionsverhandlungen. Die Bürgerversicherung wird nicht kommen. Hat die SPD zu viel versprochen? Wir konnten bei dem Wahlergebnis und dem Koalitionspartner natür-

lich nichts versprechen sondern nur dafür hart kämpfen. Das haben wir getan. Aber für die Union hat der Erhalt der Zwei-Klassen-Medizin eine sehr große Bedeutung.

Sie beklagen eine „Zwei-Klassen-Medizin“ in Deutschland. Was wird eine schwarz-rote Bundesregierung dagegen tun?

Bei den Neumitgliedern wissen wir, dass gut verdienende Angestellte die private Krankenversicherung mittlerweile fast komplett meiden, weil das Risiko, dass man nicht rauskommt, zu hoch ist. Daher wechseln fast nur noch Beamte und kleine Selbstständige. Bei den Selbstständigen haben wir in der gesetzlichen Krankenversicherung den Mindestbeitrag halbiert. Daher wird die private Krankenversiche-

rung immer mehr zur Beamtenversicherung. Wie lange der Steuerzahler das mitbezahlen will, werden wir sehen.

Werden Kassenpatienten am Ende der Legislaturperiode die gleiche medizinische Versorgung haben wie Privatversicherte?

Wir haben eine Kommission geplant, die eine gemeinsame Gebührenordnung vorbereiten soll. Als Sofortmaßnahmen wird es Zuschläge für sprechende Medizin der Hausärzte und für alle Ärzte in ländlichen und strukturschwachen Gebieten geben. Das sind Gebiete, in denen es wenige privat Versicherte gibt. Auch wird man schneller einen Arzttermin bekommen, weil die Terminservicestellen der Krankenkassen unter einer Bundesrufnummer von 8 bis 18 Uhr erreichbar sein müssen.

Union und SPD wollen jetzt eine Gesundheitskommission einsetzen. Werden die Probleme wieder einmal vertagt?

Die Vorbereitung einer gemeinsamen Honorarordnung ist nicht aus dem Ärmel zu schütteln. Daher ist die Kommission notwendig. Aber die Ergebnisse müssen auch umgesetzt werden. Dafür werden wir erneut streiten müssen.

Im Pflegebereich gibt es gewaltige Probleme und Engpässe. Reichen da 8000 zusätzliche Kräfte aus? Natürlich nicht! Das ist ja nur ein Einstieg. Wenn die Löhne nicht steigen, können wir aber nicht einmal die 8000 Stellen besetzen. Daher ist in der Altenpflege die bessere Umsetzung der Tarife die wichtigste Maßnahme und in der Krankenpflege die Herausnahme der Pflege aus den diagnosebezogenen Fallgruppen.